

Bundshaushalt 2013

Christlich-liberale Koalition setzt Konsolidierungskurs konsequent fort

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche den Bundshaushalt für das Jahr 2013 verabschiedet. Mit dem Haushalt 2013 setzt die christlich-liberale Koalition ihre wachstumsfördernde Haushaltskonsolidierung konsequent fort und belegt einmal mehr, dass nachhaltige Finanzpolitik ein Markenzeichen dieser Koalition ist.



Foto: Deutscher Bundestag/Werner Schüring

Die intensiven Beratungen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in den vergangenen Wochen haben sich gelohnt: Die Koalition hat die Neuverschuldung für das kommende Jahr gegenüber den Planungen des Finanzministeriums nochmals um 1,7 Milliarden Euro gesenkt.

Der am Freitag verabschiedete Bundshaushalt trägt die deutliche Handschrift der christlich-liberalen Koalition - denn er setzt die wachstumsfördernde Haushaltskonsolidierung konsequent fort. Den Koalitionsfraktionen ist es in den parlamentarischen Beratungen gelungen, die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf nochmals um 1,7 Milliarden Euro auf insgesamt 17,1 Milliarden Euro zu senken. Die nach der Schuldenbremse maximal zulässige Neuverschuldung von 41,4 Milliarden Euro wird dadurch um über 24,3 Milliarden Euro unterschritten. Dank ihrem Konsolidierungskurs wird die christlich-liberale Koalition drei Jahre früher als erforderlich die verfassungsrechtliche Grenze für das strukturelle Defizit von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einhalten - denn die strukturelle Neuverschuldung sinkt kontinuierlich: von 20 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf 15 Milliarden Euro im laufenden Jahr und 8,8 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Der für 2014 angestrebte strukturelle Haushaltsausgleich rückt damit in greifbare Nähe.

Koalition sorgt vor

Auf der Ausgabenseite ist der Koalition eine einmalige Leistung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gelungen. So sinken die Ausgaben im kommenden Jahr gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode in 2010 nominal ab - trotz abnehmender Konjunkturdynamik und erheblicher Mehrbelastungen.

Beispielsweise zahlt der Bund 2013 eine doppelte Rate von 8,7 Milliarden Euro in das Stammkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ein und entlastet die Kommunen um weitere 3,2 Milliarden Euro - allein durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung. Dabei gelingt es der Koalition zu sparen, ohne das Wachstum abzuschneiden. So haben die Koalitionsfraktionen im parlamentarischen Verfahren erneut zusätzliche Mittel für Straße, Bahn und Wasserwege bereitgestellt. Nach der zusätzlichen Milliarde vom vergangenen Jahr stellt die Koalition 2013 zusätzliche 750 Millionen Euro vorrangig für Neubauprojekte zur Verfügung. Dadurch stärkt die Koalition nicht nur den Haushalt, sondern auch den Standort Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Die Haushaltsdebatte sollte die Opposition eigentlich nutzen, ihre Alternativen darzustellen. Bei Rot-Rot/Grün bleiben hier nach dieser Woche mehr Antworten offen, als es vorher Fragen gab. Schon der Parteitag der Grünen hat nur eines klar gemacht: Die Grünen wollen an die Macht und zwar um jeden Preis. Der Weg dorthin ist ihnen egal und wenn es für Rot/Grün nicht reicht, dann wollen sie es eben im bürgerlichen Mantel. Diese Rechnung machen sie aber ohne uns. Mit dem neu propagierten bürgerlichen Mäntelchen wollen die Grünen nur ihr wahres linkes Gewand vor dem Wähler verstecken. Grün kann man nicht trauen, jede bürgerliche Stimme für diese Partei wird am Ende zur Stimme für Rot/Grün oder gar Rot-Rot/Grün.



Rechts blinken und links abbiegen, das führt nur zu schweren Unfällen. Gerade in dieser Haushaltswoche hat sich gezeigt: Nur der Kurs der christlich-liberalen Koalition setzt die wachstumsfördernde Haushaltskonsolidierung konsequent fort. Das Defizit wird Schritt für Schritt zurückgeführt. Die vorhandenen Spielräume werden mit Nachdruck für Investitionen und damit auch für Wachstum und Beschäftigung genutzt. Wir halten die Schuldenbremse zwei Jahre früher ein als im Grundgesetz vorgegeben.

SPD und Grüne wollen dagegen Steuerpolitik auf dem Rücken des Mittelstandes machen. Der Spitzensteuersatz soll auf 49 % erhöht werden - dass über 80 % der Unternehmen der Einkommensteuer unterliegen und davon betroffen wären, ist Rot/Grün gleichgültig. Zudem wollen sie eine Vermögensabgabe einführen und die Erbschaftsteuer verdoppeln, wieder eine Maßnahme unter der besonders unser Mittelstand leiden würde. Das zeigt: Solide und bürgerliche Politik gibt es nur mit der Union.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

Die Haushalte der CSU-Bundesminister im Jahr 2013

Landwirtschaft



Foto: Sascha Rahn

Der Etat von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner sieht Ausgaben in Höhe von rund 5,27 Milliarden Euro vor. Wesentliche Ausgabepositionen sind die Agrarsozialpolitik (3,66 Milliarden €) und die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (600 Mio. €). Für die Verbraucherpolitik sind insgesamt 143,1 Mio. € veranschlagt. Die Mittel für Verbraucherinformation werden um fünf Mio. € aufgestockt. Die Stiftung Warentest erhält für ihre Arbeit im Bereich Finanzprodukte zusätzlich 1,5 Mio. €. Für den Tierschutz werden zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Mio. € für Modell- und Demonstrationsvorhaben zur Verfügung gestellt.

Inneres



Foto: Henning Schacht / berlinpressphoto

Der Haushalt von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich weist im kommenden Jahr ein Ausgabenvolumen von gut 5,85 Milliarden Euro auf - das sind rund 5,7 Mio. Euro mehr als noch im Regierungsentwurf vorgesehen. Im Vergleich zum Haushalt für das laufende Jahr wächst der Innen-Etat damit um rund 360,23 Mio. Euro. Mehr als die Hälfte des Innenetats (rund 3,1 Milliarden Euro) sind für Personalausgaben vorgesehen. Auf sächliche Verwaltungsausgaben entfallen 1,13 Milliarden Euro. Die Ausgaben für Investitionen liegen bei 548,42 Mio. Euro. Zuweisungen und Zuschüsse machen 1,19 Milliarden Euro aus.

Verkehr und Bau



Foto: Henning Schacht / berlinpressphoto

Die Gesamtausgaben von Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer werden insgesamt 26,41 Milliarden Euro betragen. Das sind rund 690 Mio. € mehr, als im Regierungsentwurf ursprünglich vorgesehen, denn im parlamentarischen Verfahren konnte eine Erhöhung der Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur um insgesamt 750 Mio. € erreicht werden. Vom Gesamtvolumen erhalten die Bundesfernstraßen 570 Mio. €, die Wasserstraßen 140 Mio. € und die Schiene erhält 40 Mio. € für den Lärmschutz. Für Flughafengesellschaften sind im kommenden Jahr 169 Mio. € eingeplant - dabei geht es vor allem um Zuschüsse für den neuen Flughafen in Berlin.

Diese Woche

Bundeshaushalt 2013	
Christlich-liberale Koalition setzt Konsolidierungskurs konsequent fort	1
Die Haushalte der CSU-Bundesminister im Jahr 2013	
Landwirtschaft , Inneres und Verkehr und Bau	2
Debatte zur Beschneidung	
Gesetzentwurf schafft Rechtssicherheit	2
Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2013	
Gerda Hasselfeldt: „Opposition hat in der Generaldebatte versagt“	3
Strukturelles Defizit	
Koalition erfüllt die Vorgaben der Schuldenregel vorzeitig	3
Austausch mit den Nachbarn	
Landesgruppe im Gespräch mit dem schweizerischen Botschafter	4
Zentrale Gedenkfeier zum Volkstrauertag	
Gerda Hasselfeldt gedenkt der Opfer von Krieg, Terror und Gewalt	4
IMPRESSUM:	
Verantwortlich für Seite 1: Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete	
Redaktion: Martina Klement 11011 Berlin · Platz der Republik 1	
Telefon: (030) 227 - 70212 Telefax: (030) 227 - 76712	
e-mail: bab@cducsu.de internet: www.csu-landesgruppe.de	

Debatte zur Beschneidung

Gesetzentwurf schafft Rechtssicherheit

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschneidung von Jungen beraten. Danach wird die weltweit akzeptierte Beschneidung von Jungen auch in Deutschland grundsätzlich zulässig bleiben.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Eltern unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin in die Beschneidung ihres Sohnes einwilligen können. Damit reagiert der Gesetzgeber auf das Urteil des Landgerichts



Foto: picture alliance / dpa

Rabbiner verfolgt Bundestags-Debatte über die rechtliche Regelung der Beschneidung bei männlichen Kindern

Köln vom Mai, das die religiös begründete Beschneidung von Jungen als rechtswidrige Körperverletzung gewertet hat. Juden und Muslime fürchten seitdem um die Zukunft ihres religiösen Lebens in Deutschland. Für sie ist die rituelle Beschneidung von Jungen ein elementarer und identitätsstiftender Bestandteil ihrer Religion. Die christlich-liberale Koalition respektiert und toleriert daher den Wunsch gläubiger Eltern, ihren Kindern eine religiöse Heimat zu geben. Mit dem Gesetzentwurf schafft die unionsgeführte Bun-

desregierung nun Rechtssicherheit für die Eltern und Kinder. Danach ist die Beschneidung auch weiterhin erlaubt, wenn dabei die Regeln der ärztlichen Kunst eingehalten werden. Das bedeutet, dass eine Beschneidung

grundsätzlich nur Ärzte vornehmen dürfen. Personen, die von Religionsgemeinschaften dafür vorgesehen werden (wie bspw. jüdische Mohalim), dürfen dies nur in den ersten sechs Lebensmonaten und auch nur, wenn sie speziell ausgebildet und für den Eingriff ebenso befähigt sind, wie ein Arzt. Zudem muss der Eingriff selbst mit einer möglichst effektiven Schmerzbehandlung verbunden sein. Auch den Willen des Sohnes müssen die Eltern in die Entscheidung mit einbeziehen - und zwar umso mehr, je älter das Kind ist.

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2013

Gerda Hasselfeldt: „Opposition hat in der Generaldebatte versagt“

CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt hat in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2013 am Mittwoch im Bundestag Rot/Grün scharf angegriffen. Die Generaldebatte habe gezeigt, dass die Opposition schlicht keine Alternative zur Politik der christlich-liberalen Koalition aufzeigen könne.

Die Vorschläge der Opposition seien lediglich geeignet, Neiddebatten zu führen, jedoch nicht, um Wachstum und Beschäftigung zu sichern - so Gerda Hasselfeldt in dieser Woche in der Generaldebatte zum Haushalt im Bundestag. SPD und Grüne würden Steuerpolitik auf dem Rücken des Mittelstandes betreiben. So wolle Rot/Grün beispielsweise den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen - obwohl über 80 Prozent der deutschen Unternehmen der Einkommensteuer unterliegen und somit von dieser Erhöhung mit betroffen wären. Darüber hinaus fordere die Opposition erneut die Vermögensabgabe und die Verdoppelung der Erbschaftssteuer - beides ebenfalls Maßnahmen, unter denen insbesondere der Mittelstand leiden würde. Das alles zeige, dass es nur mit der Union gute und bürgerliche Politik für die Menschen im Land gebe: „Wer bedenkenlos Steuern erhöhen will, trifft die Leistungsträger und ebnet den Weg für Wohlstandsverluste und Arbeitslosigkeit. So werden Investitionen verhindert und Beschäftigungserfolge aufs Spiel gesetzt. Es ist die Opposition, die die Steuerzahler über eine europäische Schuldenunion mit Zinsmehrausgaben im Milliardenbereich belastet und eine gesamtschuldnerische Haftung Deutschlands für alle Schulden in Europa herbeiführen will“, so Gerda Hasselfeldt. Auch die Blockadepolitik der Sozialdemokraten und Grünen im Bundesrat kritisierte die CSU-Landesgruppenvorsitzende als verantwortungs-



Foto: Henning Schacht/berlinpressphoto
Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

los und unglaublich: „Sie sind vermeintlich für die Energiewende, verweigern aber Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung. Sie geben vor, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und lehnen es ab, diese bei der kalten Progression steuerlich zu entlasten. Sie blockieren das Steuerabkommen mit der Schweiz, das künftig Steuerhinterziehung unattraktiv macht und hohe Steuereinnahmen für Bund und Länder verspricht“, kritisierte die CSU-Landesgruppenvorsitzende. „Mit verantwortungsvoller Haushaltspolitik haben die Pläne der Opposition nichts zu tun. Die christlich-liberale Koalition wird deshalb dafür sorgen, dass diese

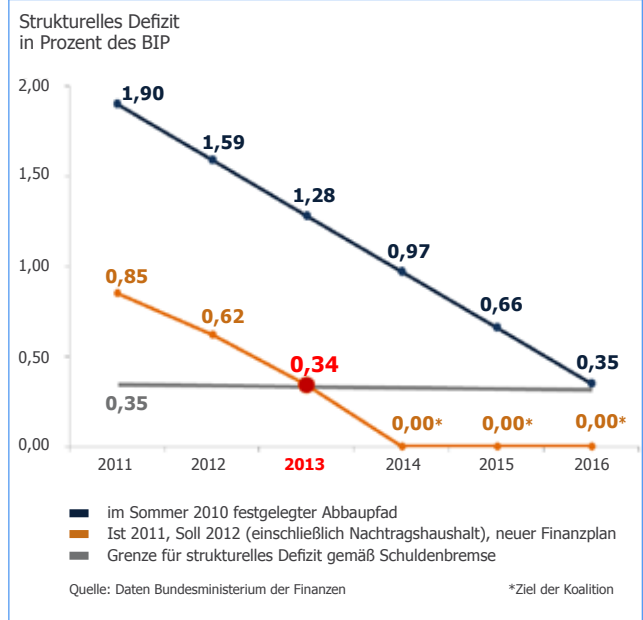
Pläne in der Schublade bleiben.“ Nur der haushaltspolitische Kurs der christlich-liberalen Koalition setze die wachstumsfördernde Haushaltskonsolidierung konsequent fort. Das Defizit werde Schritt für Schritt zurückgeführt. Gleichzeitig werden die vorhandenen Spielräume mit Nachdruck zur Stärkung der Investitionen und damit auch zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung genutzt. Die Schuldenbremse wird zwei Jahre früher eingehalten, als im Grundgesetz vorgegeben. Gerda Hasselfeldt verwies im Gegensatz dazu auf die Haushaltsergebnisse des designierten SPD-Kandidaten Peer Steinbrück. Dieser habe allein in seinen drei Jahren als Ministerpräsident (von 2002 bis 2005) neue Schulden in Höhe von rund 25 Milliarden Euro gemacht - das seien mehr Schulden als Bayern von 1949 bis 2005 insgesamt machen musste.

Strukturelles Defizit

Koalition erfüllt die Vorgaben der Schuldenregel vorzeitig

Die Schuldenregel des Grundgesetzes schreibt dem Bund vom Jahr 2016 an ein sog. „strukturelles Defizit“ von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor. Um das strukturelle Defizit zu ermitteln, werden aus der Neuverschuldung konjunkturelle Effekte wie steigende Steuereinnahmen in Aufschwüngen oder Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt in Abschwüngen und finanzielle Transaktionen herausgerechnet, da diese das Vermögen des Bundes nicht verändern. Das strukturelle Defizit ist damit ein gutes Maß dafür, ob der Staat nachhaltig solide wirtschaftet. Der Koalition war es - trotz hoher Ausgaben während der Finanz- und Wirtschaftskrise - bereits im Jahr 2011 gelungen, das strukturelle Defizit auf 20 Milliarden Euro abzubauen. In diesem Jahr wird es voraussichtlich 15 Milliarden Euro betragen, für 2013 ist ein strukturelles Defizit von 8,8 Milliarden Euro geplant. Das entspricht 0,34 Prozent des BIP. Damit erfüllt die Koalition die Vorgaben der Schuldenregel für das Jahr 2016 bereits im kommenden Jahr und damit drei Jahre früher als verfassungsrechtlich erforderlich (siehe Grafik).

Entwicklung des strukturellen Defizits im Bundeshaushalt



Austausch mit den Nachbarn

Landesgruppe im Gespräch mit dem schweizerischen Botschafter

Eine Delegation der CSU-Landesgruppe um den Parlamentarischen Geschäftsführer Stefan Müller hat in dieser Woche die schweizerische Botschaft besucht, um mit Botschafter Tim Guldemann über verschiedene grenzübergreifende Themen zu sprechen. Es war bereits der zweite Besuch der christlich-sozialen Abgeordneten in der schweizerischen Botschaft in diesem Jahr.

Themen bei dem Gespräch waren insbesondere das deutsch-schweizerische Steuerabkommen sowie die Energie- und Verkehrspolitik. Botschafter Guldemann betonte beim Besuch der Landesgruppe das Interesse der Schweiz an einem intensiven Kontakt mit den christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten. Gerade in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Energie gebe es noch großes Potential für mehr Kooperation - so der schweizerische Botschafter weiter. Beispielsweise beim Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken gebe es die Möglichkeit zu einer grenzüberschreitenden Nutzung. Als derzeit größte Herausforderung bezeichnete der Botschafter das Steuerabkommen zwischen Deutsch-



Foto: CSU-Landesgruppe

Die Vertreter der CSU-Landesgruppe zusammen mit dem schweizerischen Botschafter Tim Guldemann (Mitte) bei ihrem Besuch in der schweizerischen Botschaft in dieser Woche.

land und der Schweiz. Ziel der Schweiz sei es, auf dem eigenen Finanzplatz kein unversteuertes Vermögen zu verwalten. Die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe sagten im Gespräch mit dem schweizerischen Botschafter zu, sich auch weiterhin konsequent für die Ratifizierung des Steuerabkommens einzusetzen. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Kassen bei den Ländern und Kommunen, sei es nicht nachvollziehbar, wenn SPD und Grüne im Bundesrat die Zustimmung zu dem Steuerabkommen verweigern sollten. Abschließend bestand Einigkeit zwischen den Vertretern der CSU-Landesgruppe und dem schweizerischen Botschafter, die Parlamente beider Länder zukünftig noch stärker miteinander zu vernetzen.

Zentrale Gedenkfeier zum Volkstrauertag

Gerda Hasselfeldt gedenkt der Opfer von Krieg, Terror und Gewalt

Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, hat am vergangenen Sonntag bei der zentralen Gedenkfeier des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag an die Opfer von Krieg, Terror und Gewalt erinnert und die besondere Bedeutung der „Friedensunion Europa“ hervorgehoben.

Sich der Opfer von Krieg, Terror und Gewalt der Vergangenheit und Gegenwart zu erinnern, sei die Aufgabe des Volkstrauertages, so Gerda Hasselfeldt. Bei ihrer Rede im Rahmen der zentralen Gedenkfeier zum Volkstrauertag im Bundestag bezog die CSU-Landesgruppenvorsitzende auch ausdrücklich die im Auslandseinsatz getöteten Soldaten der Bundeswehr und ihre Angehörigen in das Gedenken mit ein. An der Gedenkstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag nahmen im Plenarsaal des Bundestages neben Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auch der Bundespräsident, der Bundestagspräsident, der derzeit amtierende Bundesratspräsident sowie der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes teil. In ihrer Gedenkrede im Rahmen der zentralen Gedenkfeier betonte Gerda Hasselfeldt: „Nie wieder Krieg – diese Sehnsucht ist in der Mitte Europas Wirklichkeit geworden und hat uns seit vielen Jahrzehnten Frieden gesichert.



Foto: Deutschen Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

Gerda Hasselfeldt am vergangenen Sonntag bei ihrer Rede im Rahmen der zentralen Gedenkfeier zum Volkstrauertag

Dies war, ist und bleibt die Grundlage der europäischen Einigung. Die europäische Einigung ist nicht selbstverständlich.“ Umso wichtiger sei es, sich der Vision eines dauerhaft friedlich geeinten Europas auch weiterhin verpflichtet zu fühlen und mit Zuversicht und Weitblick gemeinschaftlich am Haus Europa weiterzubauen. „Das Haus Europa hat ein starkes Fundament: Das Fundament sind die gemeinsamen

Werte, die Europa bei all seiner Vielfalt und regionalen Besonderheiten einen. Es ist dieses Fundament, das unsere Freiheit und unsere Demokratie garantiert und das wir pflegen und verteidigen müssen“, so Gerda Hasselfeldt. Gleichzeitig bezeichnete die CSU-Landesgruppenvorsitzende die deutsch-französische Aussöhnung als eine der wichtigsten Lehren aus der Vergangenheit. Die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich sei die Basis eines einzigartigen und dauerhaften Friedens- und Integrationsprozesses in Europa, auf die jeder Bürger stolz sein kann.